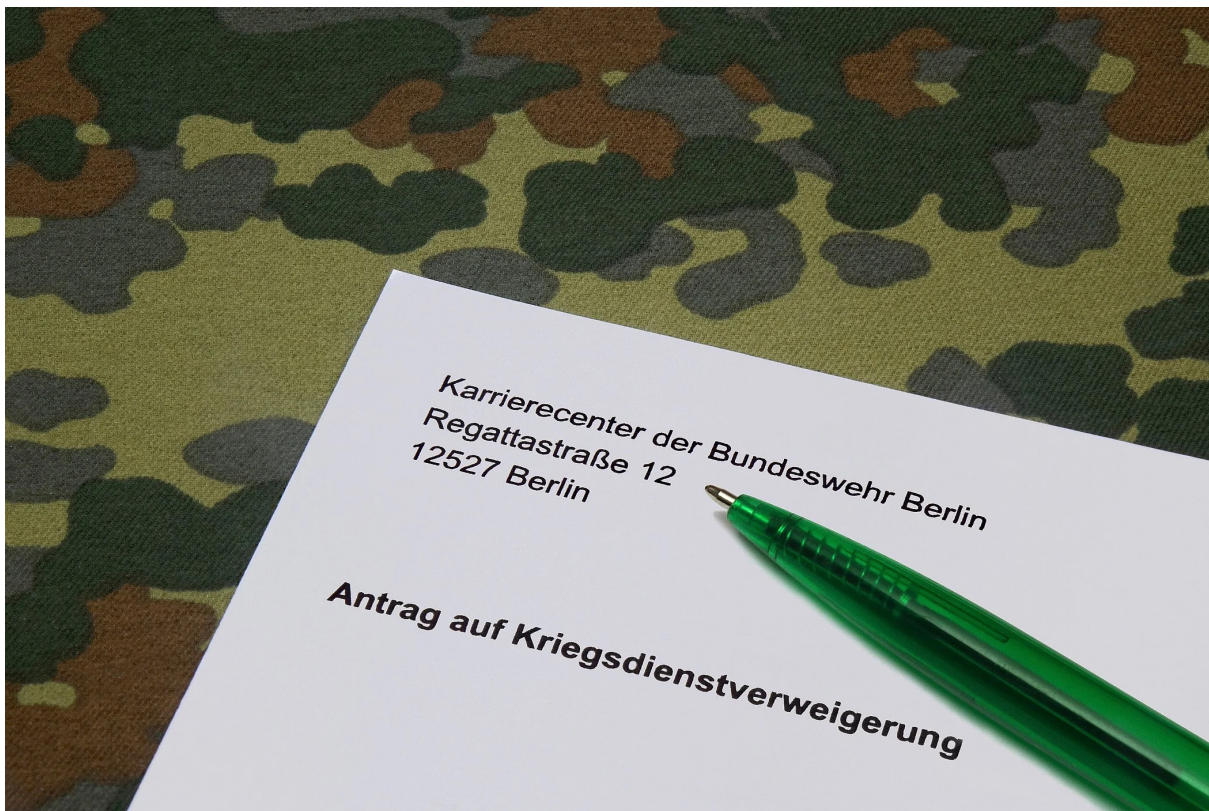


Über 12.000 Anträge: Zahl der Kriegsdienstverweigerungen steigt rasant an

06.10.2026



Mehr als 12.000 Menschen haben von Januar bis Ende August 2026 den Kriegsdienst verweigert – und damit dreimal so viele wie im gesamten Vorjahr. Das Bundesamt warnt zugleich: Viele Anträge seien fehlerhaft und würden zurückgesendet.

Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung steigt in Deutschland stark an. Von Januar bis Ende August gingen beim zuständigen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben bereits 12.102 Anträge ein. Das berichten die *Funke Medien* und das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* unter Berufung auf eine Sprecherin der Behörde.

Damit liegt die Zahl schon jetzt mehr als dreimal so hoch wie im gesamten Jahr 2025. Im

Vorjahr registrierte das Bundesamt 3.879 Anträge in Summe.

Besonders deutlich wird die Entwicklung beim Blick auf die vergangenen Monate: Ende Juni waren erst 5.862 Anträge eingegangen. Innerhalb von zwei Monaten, also Juli und August, hat sich die Zahl mit 6.240 Anträgen also mehr als verdoppelt.

Neu geregelter Wehrdienst als Ursache

Ein Grund für die rasant steigenden Zahlen dürfte der seit Jahresbeginn geltende neue Wehrdienst sein. Hinzu kommt die angespannte sicherheitspolitische Lage.

Der seit Januar 2026 geltende neue Wehrdienst sieht unter anderem die verpflichtende Musterung junger Männer ab dem Jahrgang 2008 vor. Dabei setzt der Gesetzgeber weiterhin auf Freiwilligkeit, um **den großen Personalbedarf der Bundeswehr** zu decken. Sollte das aber nicht ausreichen, kann der Bundestag über eine Bedarfswehrpflicht entscheiden – eine Regelung, die **LTO an dieser Stelle ausführlich erläutert hat**.

Die allgemeine Wehrpflicht ist in Deutschland weiterhin ausgesetzt. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung besteht jedoch unabhängig davon fort: Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz bestimmt, dass niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf.

Bundesamt warnt vor falschen Anträgen

Mit der stark gestiegenen Zahl wächst offenbar auch die Zahl fehlerhafter Anträge. Das Bundesamt beobachtet nach eigenen Angaben derzeit eine "hohe Zahl an fehlgeleiteten Anträgen", die keinen anererkennungsfähigen Inhalt enthielten und deshalb unbearbeitet zurückgesandt werden müssten.

Als Ursache nennt die Behörde unter anderem Falschinformationen, die insbesondere in sozialen Medien über den richtigen Weg und die notwendigen Inhalte einer Kriegsdienstverweigerung kursierten.

Wer den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern will, muss sich an das gesetzlich vorgesehene Verfahren halten. Die steigenden Antragszahlen allein bedeuten noch nicht, dass die Betroffenen auch tatsächlich als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden.

dpa/vv/LTO-Redaktion

Zitiervorschlag

Über 12.000 Anträge: . In: Legal Tribune Online, 06.10.2026 , https://www.lto.de/persistent/a_id/61067 (abgerufen am: 08.10.2026)

- Mehr zum Thema
 - Öffentliches Recht
 - Bundeswehr
 - Grundrechte
 - Krieg
 - Wehrpflicht